

18. Wahlperiode

Antrag

der AfD-Fraktion

Geltendes Recht durchsetzen statt Kumpanei mit Hausbesetzern: Volksbühne umgehend räumen

Das Abgeordnetenhaus möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, das Hausrecht an der Volksbühne durchzusetzen und umgehend die Räumung zu veranlassen, um die Wiederherstellung des Regelbetriebes sicherzustellen.

Begründung:

Der Senat hat eine Verantwortung für die landeseigenen Kultureinrichtungen und die vom Land angestellten Mitarbeiter. Dieser Verantwortung wird er im Falle der Volksbühne nicht gerecht.

Die Senatsverwaltung für Kultur ließ kaum eine Gelegenheit aus, um ihren Angestellten Chris Dercon öffentlich in Misskredit zu bringen. Der Kultursenator kanzelte seinen vom Land Berlin ordentlich bestellten Intendanten ab, bevor dieser sein Haupthaus überhaupt eröffnen konnte. Durch seinen offen zur Schau gestellten Argwohn gegen die neue Intendanz hat der Kultursenator mittelbar zu einer Verschärfung des Konfliktes beigetragen, der nun in der Besetzung des Hauses mündete. Es ist Zeit, dass die Senatsverwaltung für Kultur dem neu berufenen Intendanten den Rücken stärkt.

Die Volksbühne stand nicht leer. Die ersten Veranstaltungen der neuen Intendanz sind für November angesetzt, ein Probenbetrieb kann durch die anhaltende Besetzung nicht stattfinden. Chris Dercon kündigte an, am 25. September den Probenbetrieb wieder aufnehmen zu wollen. In ihrer Not wandte sich die neue Leitung der Volksbühne an die Politik; in einer Mit-

teilung des Hauses vom 24. September heißt es: „Wir fordern, dass die Politik jetzt dringend ihrer Verantwortung nachkommt und handelt“.

Bei der Besetzung der Volksbühne geht es nicht nur um die neue Intendanz. Das Haus soll zu einem „Anti-Gentrifizierungszentrum“ werden. Damit wird die Spielstätte gezielt zweckentfremdet. Aus einem professionellen Theaterbetrieb soll ein pseudo-demokratisches Mitmach-Projekt werden, das nicht mehr der Kunst, sondern politischem Sektierertum dient.

Die Senatsverwaltung für Kultur lässt an der Volksbühne einen rechtsfreien Raum zu und nimmt eine Beschädigung des Hauses und seiner Einrichtung billigend in Kauf. Der Senat ist aufgerufen, umgehend wieder für rechtsstaatliche Verhältnisse an der Volksbühne zu sorgen.

Berlin, den 26. September 2017

Pazderski Trefzer Berg
und die übrigen Mitglieder der Fraktion der AfD